

# Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn RM. 2.10, im Bezirk- und 10-Km-Bereich RM. 2.10, im übrigen Württemberg RM. 2.20 Monats-Abonnenten nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile am gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 12 Pf. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Verantwortlicher: Hermann Schmitt, Postfach 5113 Stuttgart.

№ 273

Mittwoch, den 20. November

1918.

## Die Verteidigung der bedrohten Ostmark.

Wir berichteten bereits in unserem gestrigen Blatt, daß die Verteidigung der von polnischen Banden bedrohten Ostmark durch Freiwillige gesichert soll. Die Beziehungen haben sich in Polen und an der polnischen sowie an der ober-schlesischen Grenze zunächst soweit entwickelt, daß polnische Banden im Anmarsch auf die deutsche Reichsgrenze, d. h. die vom 1. August 1914, bestanden sind. In Polen selbst herrscht noch Ruhe, wenn man davon absteht, daß die Bagatellen in Polen von Deutschen polnischer Nationalität besetzt sind. Der Zugverkehr ging am Sonntagabend von Berlin, Breslau und Danzig nach Polen ungehindert vonstatten. Die polnische Heeresorganisation schreitet inzwischen schnell vorwärts, zahlreiche Polen deutscher Reichsangehörigkeit stellen sich dem polnischen Heer zur Verfügung, das über Munition, Flugzeuge usw. in reichlichem Maße verfügt, meistens entnommen aus den Beständen der deutschen Armees. Gelegenheitlich der Entlassung des deutschen Heeres. Die Stadt Posen befindet sich jetzt unter der Leitung eines polnischen Rechtsanwaltes, nachdem der Oberbürgermeister Wilms seines Amtes entsetzt worden ist. Zum Schutze der deutschen Grenze vom 1. August 1914 deutsche Truppen nach der Ostmark zu entsenden, ist natürlich unmöglich geworden, seitdem das deutsche Volk sich mit dem 9. November nach innen und nach außen völlig wehrlos gemacht hat. Man muß also jetzt an die Aufgabe herantreten, einen Truppenkörper, gebildet aus Freiwilligen, zu schaffen, bzw. erst die Grundlage hierzu vorzubereiten, obwohl jeder Tag und jede Stunde die Gefahr für unsere preussischen Ostmarkprovinzen vergrößert. Von amtlicher Seite wird selbst gesagt, daß man „mit Redensarten“ usw. die bedrohte Grenze nicht zu schützen vermag, und so sieht man sich eben gezwungen, zum beschriebenen Militärdienst, den man eben in Süddeutschland hat, wieder zurückzugreifen. Man sucht nun Truppen, die bereit wären, nach Art einer freiwilligen Feuerwehr den Grenzschutz zu übernehmen, und merkwürdigerweise stellt man sich dabei auf den Standpunkt, daß für die Unterhaltung dieser freiwilligen Feuerwehre die Einwohner der bedrohten Gebiete zu bezahlen hätten. Die Offiziere sollen von den auf Kontrakt verpflichteten Soldaten gewählt werden, und den Soldaten will man eine weiße Bande zum Zeichen dafür umhängen, daß sie eine nationale Ehrenpflicht erfüllen. Man sagt aber selbst von der amtlichen Seite, daß die sogenannten „Kontrakt-Soldaten“ nicht jeden Tag andere Offiziere als ihre Vorgesetzten wählen dürfen, vielmehr müßte es bei der einmal erfolgten Wahl verbleiben. Die Löhnung der Leute soll, wie man zur Werbung der Mannschaften hervorhebt, wesentlich höher sein als bisher; ebenso meint man, daß ihnen gute Quartiere in Aussicht ständen und daß sie mithin gut bezahlt sein würden. — Hoffentlich gelingt es, diese Militärmassnahmen zustandzubringen.

Breslau, 19. Nov. Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Breslau vom 18. Nov.: Die Polen bereiten systematisch die Proklamation Polens als Bestandteil Polens vor. Hier haben sie die Gewalt in den Arbeiter- und Soldatenräten an sich gerissen. Staatsgebet dieser ohne ihre Genehmigung nicht mehr ausgeführt oder überwiesen werden. Waffen und Munition werden aufgehoben. Die deutschen Soldaten werden entlassen, die polnischen zurückgehalten, damit die Polen auch die Militärgebet in Händen halten können. Die Zentralregierung in Berlin zeigt den Polen gegenüber ein unverständliches Entgegenkommen, und doch sind gerade Berlin und Mitteldeutschland durch die sich vorbereitenden Dinge in große Gefahr gebracht, denn die Provinz Polen liefert ein Sechstel der Kartoffelernte Deutschlands und ist eine seiner Kornkammern. Es ist ohne Zweifel, daß die Polen, wenn sie das Heft in der Hand halten, die Lebensmittelzufuhr aus der Provinz ebenso sperren werden, wie es die Tschechen in Böhmen tun, und Berlin wäre damit unrettbar der Hungersnot preisgegeben. Es ist unsere Pflicht, den polnischen Gewaltversuchen sofort mit aller Kraft entgegenzutreten. Dazu zwingt uns auch die außergewöhnlich schwierige Lage, in die unsere deutschen Volksgenossen in Polen geraten sind.

Berlin, 19. Nov. Wie wir erfahren, sind augenblicklich Versuche im Gange, durch persönliche Verhandlungen mit den polnischen Führern ein Einverständnis ein Regierungsvertreter, Unterstaatssekretär v. Gerlach, in Posen einzutreffen. Ob es ihm gelingen wird, durch Verhandlungen die drohende Gefahr abzuwehren und vor

allem auch die Polen dazu zu bewegen, daß sie die bereits für den Dezember ausgeschriebenen Wahlen zur polnischen Nationalversammlung solange hinauszuschieben, bis über das Schicksal der Provinz Polen endgültig entschieden ist, muß allerdings erst abgewartet werden.

## Das Finanzprogramm der neuen Regierung.

Berlin, 19. Nov. WTB. Der neue Staatssekretär des Reichsschatzamts, Exzellenz Schiffer, empfing gestern das Mitglied der volkswirtschaftlichen Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Goslar, zu einer Unterredung über das Finanzprogramm der neuen Regierung. Der Staatssekretär erklärte im wesentlichen: Die neue Regierung denkt nicht daran, irgend etwas von den Bedingungen der Kriegsanleihe, sowohl was die Schuldverschreibungen wie auch was die Schatzanweisungen betrifft, zu Ungunsten der Anleihebesitzer zu ändern. Was den Besitzern der Kriegsanleihen versprochen ist, werden wir unbedingt halten. Soweit es sich darum handeln kann, einem Druck auf den Kurs der Kriegsanleihen entgegenzuwirken, erdoffe ich einen guten Erfolg von der Aufnahmeaktion eines Konsortiums, das sich aus der Reichsbank und den Privatbanken bilden wird. Die Kriegsanleihebesitzer werden auch bei einer Anzahl dafür geeigneter Steuern in Zahlung gegeben werden können. Das gleiche gilt ferner für die Bezahlung der aus den Heeresdepots der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stehenden Rohstoffe und Materialien, bei denen es sich um Milliardenwerte handelt. Hier werden die Besitzer von Anleihen sogar direkt bevorzugt.

Die Noten- und Goldhamsterei hat sich zu einem Anflug ausgewachsen. Stöcken die Zahlungen, so können heute mit Leichtigkeit Unruhen entstehen. Darüber hinaus schwächt dieser aus der Zahlungsnot sich ergebende Zustand unser Wirtschaftslieben, unseren Kredit im Ausland und wirkt auf die Gestaltung unserer Valuta an den neutralen Märkten ungünstig ein. Außerdem sollte man bedenken, daß in den Randgebieten Deutschlands die Notung, beim Deutschen Reich zu bleiben, durch kaum etwas anderes geschwächt, so stark werden kann als durch Unsicherheit und Wirrwarr in unserer Geldverkehr und darüber hinaus in unserem Wirtschaftsleben.

Ich werde gegen die Steuerhinterziehung in jeder Form mit der ärgsten Schärfe vorgehen. Das Steuerfluchtgesetz war nur ein Anfang. Ihm werden entsprechende Maßnahmen für das Inland folgen. Der Steuerhinterzieher ist nicht besser als irgend ein anderer Betrüger. Er unterscheidet sich von dem Landesverräter nicht sehr. Es wird ein sehr schlechtes Geschäft, den Versuch der Notenhamsterei und der Steuerdrückerei fortzusetzen. Die Grundlage für unsere neue Steuerlegislation werden wir dann ermitteln lassen, wenn Klarheit geschaffen ist über den endgültigen Umfang des Reichs. Ich halte es grundsätzlich für unmöglich, vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung ein Programm aufzustellen.

## Aus dem Donaulande.

Wien, 17. Nov. Unter dem Jubel derselben Budapest Bevölkerung, die vor so kurzer Zeit der Krönung des Königs Karl begeistert beigewohnt hat, ist gestern die ungarische Republik und damit die Absehung des Königs verkündet worden. Ganz wie diese Bevölkerung verleugnet auch der offizielle Funkspruch, mit dem der vollzogene Akt der Welt kundgetan wird, alles, was der Ungarn bisher angedietet haben, und gibt ein Geschichtsbild, wie es vor einem Jahr auch der extremste Parteilager nicht fertiggebracht hätte. Die Wiener Presse, die Ungarn nie gekannt und noch weniger verstanden hat, findet den Schlüssel zu diesem Rätsel nicht. Er liegt aber auf der Hand. Für jeden Ungar ist es höchste patriotische Pflicht, das tausendjährige Stefanreich möglichst unversehrt zu erhalten und damit die Hegemonie der historischen magyarischen Nation. Solange Habsburg und das Bündnis mit dem Deutschen Reich diesen Gütern Schutz geboten hatten, war Ungarn königlos und bündnislos. Nach dem Zusammenbruch dieser Stützen warf sich Ungarn mit derselben Inbrunst der Entente in die Arme. Darum sucht sich das selbe Ungarn, das seit 50 Jahren fast unbeschränkter Einfluß in der österrösch-ungarischen Monarchie gehabt hat, jetzt als ununterdrückten Staat hinzustellen.

Freilich wird die Zeremonie jetzt wenig nützen. Die den Magyaren feindlichen Völkern Ungarns sind im Herzen der Entente doch näher, umsomehr, als die in Europa

alleinstehenden Magyaren früher oder später doch wieder den Rückweg zu den deutschen Freunden finden könnten. Und so wird Ungarn zerissen werden, wenn ihm auch jetzt gestattet würde, bis zur Friedenskonferenz das gesamte Gebiet zu verwalten. Schon protestieren die Tschechen gegen diese Gunst und behaupten, sie sei erschlichen worden.

Auf der Friedenskonferenz wird ein heftiger Kampf um die Prinzipien des Präsidenten Wilson entbrennen, und man muß abwarten, wie sie dort werden unterliegt werden. Die Tschechen wenigstens kümmern sich um diese Prinzipien nicht und erklären, daß sie ihren Lohn für geleistete Dienste verlangen. Sie wollen nicht nur die Slowakei, sondern auch die ganze deutsche Stadt Preßburg, um über die westungarischen Komitate den Weg zu ihren südslawischen Hoffnungen zu finden. Die Ungarn wollen weder die Slowakei noch Preßburg preisgeben und berufen sich dabei auf die tausendjährige Geschichte ihres Reiches. Also Imperialismus hier und Imperialismus dort. Als ob in einer noch den Wilsonschen Prinzipien folgerichtig aufgebauten neuen Staatengesellschaft noch Staaten wie früher mit der gleichen merkantilen und strategischen Abgrenzung notwendig, ja überhaupt noch möglich wären.

Vermag man sich nicht ehrlich den neuen Grundsätzen zu unterwerfen, so entsteht die Gefahr der Rückkehr des alten Systems, das noch immer seine Sache nicht völlig aufgegeben hat, sondern sich nur vorläufig duckt, um im geeigneten Augenblick wieder hervorzutreten. Dieses Regime mit seinen korumpierenden Einflüssen, mit seinem geschlecht geführten Kampf aller gegen alle, hätte wieder Aussicht, wenn statt eines dauernden Friedens, Bürgerkrieg und Anarchie die Fortsetzung des Krieges bildeten. Daran klammern sich die Anhänger des Alten, die schon wieder kühn das Haupt erheben, seitdem die hüble Depesche Haases an Otto Bauer sich so deuten ließ als ob Deutschland den Anschluß Deutsch-Oesterreich nicht wünschte. Die schon oft zitierte „Sonn- und Montagszeitung“ steht an diesem Punkte heute schon geschickt den Hebel an, ebenso aber auch die „Neue Freie Presse“ die immer mehr zum Zentrum der Gegenströmungen wird. Demgegenüber aber veröffentlicht Karl Leuthner in der „Arbeiterzeitung“ einen Artikel, worin er mit starken Argumenten zeigt, daß eine Beruhigung und eine Sicherung der neuen Ordnung nur denkbar sei, wenn die Habsburger das Land verlassen. „Frankf. Ztg.“

## Tagesneuigkeiten.

### Die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zur See.

Berlin, 19. Nov. WTB. Ueber die Durchführung der Bedingungen des Waffenstillstandsvertrags für die Marine erfahren wir von zuständiger Seite: Der kleine Kreuzer „Königsberg“ mit Admiral Reurer an Bord ist aus Rostock nach Wilhelmshaven zurückgekehrt. Die erste U-Bootstaffel, bestehend aus 20 U-Booten, ist am 18. November, 9 Uhr vormittags, geleitet von zwei Begleit-schiffen, aus Helgoland ausgelaufen zum Treffpunkt mit englischen Seestreitkräften in der Höhe des Eingangs zum englischen Kanal. Von den zu internierenden Schiffen haben 9 Linienschiffe, fünf Panzerkreuzer, 7 kleine Kreuzer und 50 Torpedoboote am 18. November aus Schilligrede sich angemeldet und werden voraussichtlich am 19. Nov. nachmittags, nach dem vereinbarten Rendez-vous-Punkt etwa 40 Seemeilen vor dem Eingang zum Firth of Forth auslaufen. Das Linienschiff „König“ und der kleine Kreuzer „Dresden“ die infolge von Reparaturarbeiten noch nicht fahrbereit sind, werden nach Ueberkunft mit dem englischen Flottenchef, Admiral Beatty, in etwa 3 Wochen interniert werden. Die zweite U-Bootstaffel, bestehend aus 21 U-Booten, soll am 19. Nov. aus Helgoland auslaufen.

### Abfahrt unserer U-Boote.

Kiel, 18. Nov. WTB. Den während des gestrigen Tages nach der Nordsee ausgelaufenen Linienschiffen und Kreuzern folgten heute vormittags die Flotten der Unterseeboote durch den Kanal. Die Linienschiffe und Kreuzer sollen am Dienstag nachmittags in Firth of Forth sein. Dort werden sie durchsucht, worauf sie ein Navigationskommando erhalten, das sie in die für sie bestimmten Häfen bringen wird.

### Die Franzosen in Elsass-Lothringen.

Strasbourg, 18. Nov. Am Freitag vormittags gegen 12 Uhr sind drei Infanterie-Regimenter der 8. Infanterie-Division mit Artillerie und Hilfstruppen kriegsmäßig in



Mühlhausen einmarschiert. Eine Abordnung des Gemeinderats Mühlhausen ist den französischen Truppen entgegengefahren. Die Mühlhäuser Bevölkerung soll die einrückenden Franzosen jubelnd empfangen haben. Aus Colmar ist eine Abordnung Bürger am Sonntag nach Geirgsmet gefahren, um mit dem französischen Kommando Führung zu nehmen. Heute Vormittag 10 Uhr zog eine französische Division durch Colmar, von der ein Infanterieregiment zur Besetzung der Stadt abbeordert wurde, das auf dem Marsfelde empfangen wurde. Unter den 2000 Mann einmarschierenden Truppen war auch ein farbiges Regiment. — In Straßburg erwartet man den Einzug der Franzosen nunmehr für Donnerstag. Viele altdeutsche Elemente haben die Stadt, die ihnen in langen Jahrzehnten zur zweiten Heimat geworden war, zum Teil bereits verlassen. Auch die Unionskräfte, die als eine so stolze Pflanzstätte deutschen Geistes gegründet war, wird kaum lange mehr ihre Pforten offen halten. Zum Gouverneur des Elsaß soll ein höherer Offizier namens Siden aus dem elsässischen Dorfe Zimmerbach ernannt werden. Kommandant von Colmar wird ein Hauptmann elsässischer Herkunft, Kommandant von Mühlhausen der Hauptmann Vincent.

18. November. W.B. Gestern nachmittag sind die ersten Vortruppen der Allierten, Franzosen, Engländer und Amerikaner, in Automobilen und kleineren Abteilungen hier eingetroffen.

### Die Armee Mackensen wehrt sich!

Wien, 19. Nov. Aus Pest wird gemeldet: Auf dem Silleiner Bahnhof ist es zwischen Truppen Mackensens und tschechischen Truppen, welche die ersten entworfen wollten, zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die Zahl der Toten soll groß sein. Die tschechischen Truppen haben zwischen Preßburg und Sillein viele Kilometer weit die Eisenbahnschienen aufgerissen. Die Armee Mackensen muß infolge dessen den weiteren Rückzug über Marchegg antreten.

### Ein neuer Hehversuch der Sowjetregierung.

Berlin, 19. Nov. Ein von der deutschen Presse erwähneter Funkpruch der russischen Regierung an die Arbeiter, Soldaten- und Matrosenräte, worin sie zu bewaffnetem Vorgehen und zur Bildung einer Regierung Plebknecht aufgefordert werden, lautet in seinem maßgebenden Text folgendermaßen: „Soldaten und Matrosen! Gebt die Waffen nicht aus der Hand! Es gilt, mit den Waffen in der Hand die Macht überall wirklich zu übernehmen, und eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Plebknecht an der Spitze zu bilden. Laßt Euch keine Nationalversammlungen ausschlagen!“ — An zünftiger Regierungsstelle ist man der Ansicht, daß dieser Aufruf eine unbedingte Einmischung in die deutschen Verhältnisse bedeutet und außerdem eine Klarstellung des Standpunktes erfordert, den die russische Sowjetregierung gegenüber der deutschen Regierung einnimmt. Das deutsche Volk will mit allen Völkern in Frieden leben, also auch mit dem Sowjetrußland, es kann aber verlangen, daß sein Recht auf Selbstbestimmung seiner staatlichen Verhältnisse allseits geschützt wird und daß Einmischungen von außen hier unterbleiben.

### Interessantes aus Belgien.

Köln, 18. Nov. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Amsterdam: Die holländischen Blätter enthalten in ihren langatmigen Berichten aus Belgien manche Andeutung, daß ein Teil der belgischen Bevölkerung sich in mannigfacher Weise aus Anlaß des Abzugs der deutschen Truppen gegen diese und die öffentliche Ordnung vergangen habe. Wer

die Lesart kennt und während der Besetzung in Belgien gelebt hat, mußte das voraussehen. Ich selbst war in dieser Lage und konnte oft erleben, daß den Deutschen beim Abzug überliefert wurde, und nicht nur ihnen, sondern den Belgiern, die mit ihnen in geschäftlicher oder sonstiger Verbindung standen, besonders den Frauen und Mädchen, die vertraulichen Verkehr mit ihnen pflogen. Es liegt auch in der Landesart, daß solche Handlungen in heimtückischer Weise begangen, aber auch wenn sie sich öffentlich abgepielt haben, vor den Augenzeugen hartnäckig abgelehnt werden.

Der Korrespondent des „Neuwe Rotterdamschen Courant“ schildert die Straßenszenen, die sich am Abend vor dem Einzug des Königspaars in Gent zutragen, folgendermaßen: Am Abend sahen wir ein Schauspiel auf der Straße, das wir so bald nicht vergessen werden, nämlich die Abfertigung aller derjenigen, die es mit dem Feinde gehalten hatten, der Aktivist unter den Flamländern und jener Kaufleute und Ladenbesitzer, die sich auf Kosten ihrer Mitbürger bereichert und den Feind unterstützt. Ihre Häuser wurden erbrochen, die Fenster zertrümmert und alles auf die Straße geworfen, was an Mobiliar vorhanden war. Alles wurde verbrannt, ohne daß auf den Wert oder die Schönheit der Gegenstände geachtet wurde, und alles spielte sich in vollster Ordnung und kalter Ruhe ab. Und dann kamen diejenigen Teile der weiblichen Bevölkerung an die Reihe, die mit den Deutschen auf gutem Fuße gestanden hatten. Nach allem skandaliösen Brauch wurden ihnen die Haare abgeschritten. Das Volk auf der Straße zog sie aus, und so wurden sie herumgetragen.

### Eine deutsche Note über die Verkehrsdröte.

Berlin, 19. Nov. Aus dem Haag, 18. Nov., wird der „Post. Ztg.“ berichtet: Staatssekretär Solz hat an Staatssekretär Lanfing eine neue Note gerichtet, in der u. a. erklärt wird, daß es bei den Deutschland gegenüber zur Verfügung stehenden Eisenbahnwagen unmöglich sei, eine auch nur in engen Grenzen gehaltene Versorgung der Städte mit Lebensmitteln sicherzustellen, abgesehen von den ferner notwendigen Wagen für Kohlen usw. Es wird weiter gesagt: Wir sind außerstande, auch nur für eine Woche die Versorgung zu garantieren, und müssen, da die Verhältnisse im Osten und Westen, Süden und Norden gleichliegen, damit rechnen, daß gleichzeitig in allen Teilen des Reiches Hungerrevolten als Folge der Transportchwierigkeiten entstehen, deren weitere Folgen unabsehbar wären. Ferner hat die Aufrechterhaltung der Blockade, insbesondere in der Ostsee, zur Folge, daß die für unsere Industrie notwendigen Transporte aus dem Norden, und die Transporte der für Skandinavien unentbehrlichen Kohlen unmöglich sind, und daß dadurch die betroffenen deutschen und skandinavischen Industrien zur Arbeitslosigkeit kommen, wenn nicht zum Stillstand gezwungen werden. Auch die Lahmung der Nord- und Ostseefischer würde während der Fortdauer der Blockade anhalten. Wir hatten unsere Vertreter in Spaa angewiesen, obige dringende Wünsche mit den Vertretern der allierten Regierungen zu besprechen. Diese hätte aber keinen Erfolg, da die Vertreter der Verbündeten keine Vollmachten zur Verhandlung zu haben schienen. Wir bitten, angesichts der drohenden Gefahr, die uns aus den erschütternden Waffenstillstandsbedingungen erwächst uns möglichst umgehend einen Ort zu bezeichnen, an dem unsere Vertreter mit den Bevollmächtigten der allierten Regierungen zu Besprechungen obiger Fragen zusammenkommen können. Da die Transportfrage zu Wasser und Lande äußerst schwieriger wird und die zurückstehenden Truppen alle Organisationen

aufzulösen drohen, bitten wir, keine Zeit zu verlieren, damit wir Instande sind, die bisher noch bestehende Ordnung auctori zu erhalten. (geg.) Solz.

### Die Trennung von Kirche und Staat in Preußen.

Berlin, 19. Nov. Wie die „Germania“ zuverlässig hört, gedenkt der neue preuß. Kultusminister, der unabhängige Sozialdemokrat Adolf Hoffmann, die Trennung von Kirche und Staat nunmehr praktisch durchzuführen. Er beabsichtigt, vom 1. April 1919 ab die Zahlung der Kultusgelder einzustellen, was zur Folge haben würde, daß die Geistlichkeit, soweit sie in staatlichen Gebäuden wohnt, auch diese verlassen muß. Im Kultusministerium wird ferner der Plan erwogen, das Bestium der Klöster zu skularisieren.

Köln, 19. Nov. Die „Köln. Volkszeitung“ schreibt zur beabsichtigten Trennung von Staat und Kirche: Wir glauben, daß im ganzen preußischen Land sich neben dem Gefühl mangelhafter Berücksichtigung schon starker Widerspruch gegen diese Maßnahme erheben wird, die nichts anderes darstellt als eine Vergewaltigung der Katholiken und Protestanten. Die Bischöfe als die berufenen Vertreter des katholischen Volks werden dieselbe Stellung gegen diese Maßnahme nehmen. Kardinal v. Hartmann von Köln und Fürstbischof Vertram von Breslau sind über den geplanten Schritt der neuen preuß. Regierung bereits unterrichtet worden.

### Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 20. November 1918.

### Kriegsverluste.

Die würt. Verlustliste Nr. 723 verzeichnet: Dupper, Johannes, Gebr., 18. 8. Bendorf, Schm. verm. Gatenknecht, Heinrich, Gebr., 20. 9. Hochdorf, Schm. verm. Helm, Wilhelm, 1. 11. Bendorf, in Gefangenschaft. Helber, Karl, 9. 1. Halterbach, l. verm. Kramer, Stephan, 28. 3. Delscheldrona, verm. Müller XII, Franz, 8. 3. Bollmaringen, Schm. verm. Sayer, Friedrich, 18. 12. Unterjettlingen, Schm. verm. Waldsch, Friedrich, Gebr., 28. 10. Etmannsweller, l. verm. Walz, Georg, Sergl., 4. 7. Ebershardt, gefallen.

Neuregelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Wie wir hören, steht die reichsgerichtliche Neuregelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge in einer den Wünschen der Kriegsbeschädigten entsprechenden Weise unmittelbar bevor. Insbesondere ist zu erwarten: Unterstellung der Kriegsbeschädigtenfürsorge unter das Reichsarbeitsamt, gesetzlicher Einstellungszwang zugunsten der Kriegsbeschädigten, wie er seit langem vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer gefordert wurde, und eine vollständige Neuregelung des Mannschaftenverordnungsgeleges. Der Hauptsekretär des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer ist in die Reichsgeschäftsstelle der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge berufen worden.

Tierseuchen in Württemberg. Nach dem amtlichen Bericht herrschte am 15. September der Milzbrand in zwei Gehöften, bzw. zwei Oberämtern, der Rauschbrand in zwei Gehöften, bzw. zwei Oberämtern, die Tollwut in einem Gehöft im Oberamt Mergentheim, die Pferdeerde in 47 Gehöften, die sich auf 23 Oberämter verteilen, die Schafräude in 10 Gehöften, die sich auf 6 Oberämter verteilen. Die Schweineseuche und Schweinepest ist in vier Gehöften bzw. vier Oberämtern, die Maul- und Klauenseuche in 13 Gehöften bzw. drei Oberämtern ausgebrochen. Bis 31. Oktober waren 5 Gehöfte von der Schweineseuche und Schweinepest, 17 Gehöfte von der Maul- u. Klauenseuche befallen. Zwei seuchen- und ansteckungsverdächtige Pferde stehen in verschiedenen Oberamtsbezirken.

### Der Traum in Feindesland.

Roman von Justus Schornthal.

(Nachdruck verboten.)

Sie sah nicht, wie schmerzlich, wie qualvoll diese Worte der Liebe in diesem Augenblick für ihn waren. Und seine Kehle brachte keinen Laut hervor.

Erst sein Schweigen ließ sie ruhig werden.

„Nun“, scherzte sie, „nicht einmal einen Kus gibtst du mir? — Aber was ist dir? Um Gottes willen, was ist geschehen? Du... du blutest ja, und hier...“

Da endlich hatte er auch die Worte hervorgebracht: „Nein! Ich... ich blute nicht. Tommy ist... ich habe... Tommy hat mein Drama verbrannt und ich habe ihn geschlagen.“

Mit einem fast tierischen Aufschrei, in dem alle Anzeichen des Schwachsinnigen widerzitterten, war sie ins Zimmer gestürzt, wo der Kleine noch immer schwer atmend lag. Er wollte ihr bedürftlich sein und den Knaben zu Bett bringen. Aber schließend hatte sie ihren Leib vor den Kleinen geschoben. Sonnblüend drohten ihre Augen.

„Nähr ihn nicht an, du! Du, Teufel, du!“

... O ja, er wußte, was zwischen ihnen stand.

Der Knabe war dank ihrer plötzlichen Aufopferung genesen, aber von Stunde an schwachsinzig geblieben. Er hatte die Sprache verloren, sollte meist unverständliches Zeug und lachte sein blödes Narrenlachen. Nur, wenn er seinen Vater sah, machte in ihm die Erinnerung auf, und er begann zu wimmern, ja zu weinen, wenn man ihn nicht fälschentlich aus dessen Nähe brachte.

Und dabei liebte James Atterley den kleinen Tommy. Es hatte keinen glücklicheren Vater gegeben als ihn. In einem wahren Freudentaumel hatte er gelebt, als der Kleine zur Welt gekommen war. Und wie dann der Bestand allgemach erwachte... Als der zahnlose Säugling zum ersten Male zum Lachen verzog... In die halbvergesenen trauten Bilder trauten auf. Die

manch kostbare Stunde der Arbeit hatte er für ein Nöcheln seines Kindes geopfert! Auf allen Vieren war er durchs Zimmer mit dem Kleinen gekrochen und hatte Weiden und Reiter mit ihm gespielt. Die der Kleine gejauchst, wenn er auf dem breiten Rücken seines Vaters hockte durch die Stube ritt!

Und nun...?

Nein, er hatte sein Kind nicht gemordet, nicht gemordet... Es lebte, das Denmal seiner Mut und Schande lebte!... Was er getan, war schlimmer als Mord gewesen.

Mit Seierskandeln fragte die Neue an seinem Herzen... Und damit war das Maß seiner Schuld nicht erschöpft. Es fand noch mehr zwischen ihnen.

War er nicht entlassen vor der stummen Anklage der dunklen Frauenaugen? Hatte er nicht bei der anderen Trost gesucht? Er begriff das alles heute nicht mehr. War das alles nur Sinnesstörung, wenn sie ihm Trostsworte spendend und Hilfe zusagte? Hatte sie ihn nur umgarnen wollen, um ihn zum willenlosen Werkzeug ihrer Ränne zu erniedrigen? Und was festelte ihn noch heute an sie? Was drängte, trieb, ließ ihn in ihre Gewalt? War's Liebe? War es der Haß des Verworfenen und Selbstbetrügers? — Sein Verstand versagte dem Mittel gegenüber.

Er drehte die Gaslampe aus und begab sich ins Nebenzimmer. Dort im Dunkeln ließ er sich in der Schreibstube nieder und grübelte weiter.

Nicht freikommen können aus den Banden des verführerischen Weibes! Nicht freikommen können! Immer und immer eine Wiederholung jener Stunde höchster Leidenschaft herbeiführen, da seine Lippen auf ihren Lippen geruht! Wissend und lebend vom Wege ab zum Sumpfe schritten!... Ja, sie war die echte Tochter des Seitenschwärms. Sie verbrauchte Reinkorn, gleich ihrem Vater: Wie andere Blumen von den Wiesen plücker und sie weiter achtlos auf den Reichtum werfen, so plücker jene... Menschen und Wehen sie auf dem Reichthum verdorren, verenden.

Kritisch sah er Nov.

Dieser Lord Southcliffe würde nicht, daß er hochkam, der wollte ihn klein und geduldet. Er hatte ihn zum Spielen verleitet, um ihn in seine Gewalt zu bekommen, er hatte ihn zu sich in sein Haus geladen, um ihn dem eigenen Heim zu entfremden, — er hatte ihm die Stelle in der Zeitung gegeben, um ihn zum Sklaven herabzuschrauben.

Und er, — er hatte seiner Frau vorgeredet, er müsse diesen reichen Deuten gefällig sein, um wirtschaftlich vorzulebender gestellt zu werden; wenn er öfter bei dem Zeitungsfürst als Gast erscheine, werde er Ruhm haben... Und dabei hatten jene ihn ausgenutzt, sein Rüdgrat in tausend Stücke gebrochen, seinen Knochen das Mark entzogen und ihm für zwölf Pfund im Monat seine Freiheit abgeföhlt.

Das alles sah James Atterley mit einem Male erschreckend klar, und ein eßes Gefühl rief ihm vom Schlunde in die Kehle heraus. Ein namenloser Haß gegen die ganze Menschheit gerwählte sein Inneres, er hätte sie alle obrfeigen, ihnen ihre Schande ins Gesicht schleudern, sie anweisen, mörtern mögen.

— Ihn fröstelte. Er lehnte sich an den Ofen, um seinen erstarren Nern etwas Wärme einzuföhlen.

Das der Ofen war kalt. Er schien seit Tagen, vielleicht seit Wochen nicht geheizt zu sein. Freilich, — die Kohlen waren teuer. Man mußte froh sein jetzt im Kriege, wenn man ein Zimmer beheizen konnte.

Und dann wozu dies Zimmer heizen? Seit jenem Abend, an dem er sein Kind zum geistigen Krüppel gemacht hatte, hatte er nicht mehr in seinem Arbeitszimmer gesessen. Er fand nicht den Mut, er fand die Sammlung nicht zu einer größeren Arbeit. Immer und immer sah er sich selbst, den vor Mut geferrnden Mann, der das arme unschuldige Wesen, das sich nicht wehren konnte, mit dem Kopf gegen die harten Ofenwände rief.

Mit seueren Seierskandeln fragte die Neue an seinem Herzen...

(Fortsetzung folgt.)



## Aufruf an die Einwohnerschaft von Nagold.

Die außerordentlichen Ereignisse der jüngsten Zeit liegen hinter uns. Wie ein Wirbelsturm, der fast beängstigend über unsern Häuptern dahindrauschte, aber auch lustreimend wirkte, miten sie uns heute an. Es ist erstaunlich, wie so rasch das deutsche Volk seine alte Tapferkeit wiedergefunden hat. Es ist über Nacht politisch mündig geworden. Ruhe herrscht überall, Ordnung soll noch geschaffen werden. Schon regen sich alle Kräfte wie im Frühling. Freilich liegt der Wagen der Kriegsjurie zertrümmert am Boden, aber in der Eile der polnischen Schmelde und Männer der Arbeit brennt ein wechsellühendes Feuer zum Zeichen dafür, daß der Tag der Freiheit der Völker angebrochen ist. Unsere Heere kehren zurück. Wir erwarten die Unbesiegten mit Freude und stolzer Genugtuung. Da gilt es, ihnen zu bezeugen, daß wir ihrer unergieblichen Tapferkeit während 4 1/2 Kriegsjahren nicht vergessen, sondern unauslöschlichen Dank schulden. Diesen unsern Dank für ihre aufopferungsvolle Selbsthingabe zum Schutze unseres geliebten Vaterlandes wider eine Welt voll künstlich aufgeregter Feinde wollen wir ihnen bekunden. Darum sprechen wir die Bitte aus: **Fahren heraus an allen öffentlichen Gebäuden! Wir sind hier für die Junglinge zur Stadt! Die Bürgerhäuser mit Lampionreis geziert! Den Kriegern aber, die alle deutschen Stämme vertreten, rufen wir zu: Seid herzlich willkommen in der Heimat!**

Der Arbeiterrat Nagold.

**12. Staatslotterie, 5. Klasse, 4 u. 5 Ziehungslos.** Auf Württemberg gefallene Gewinne: 12. Nov. 1918. 3000 A auf Nr. 183 740 188 375 1000 A auf Nr. 114 293 176 961, 186 849, 188 486, 215 743, 500 A auf Nr. 31 850, 174 223, 174 735 174 770, 178 368, 187 686 200 451. Außerdem 155 Gewinne zu 240 A. (Ohne Gewähr.)

13. November 1918. 15 000 A auf Nr. 221 653, 3000 A auf Nr. 56 759, 176 119 3000 A auf Nr. 56 759, 176 119 1000 A auf Nr. 30 890, 177 695, 186 992, 211 757, 500 A auf Nr. 174 962, 175 729. Außerdem 157 Gewinne zu 240 A. (Ohne Gewähr.)

## Aus dem übrigen Württemberg.

**Rottenburg.** Die Demobilisierung führt 94 Feld- und Lazarettgeschäfte und sonstige im Heeresdienst notwendige selbstorganisierte Kräfte wieder der württembergischen Heimat zu, wo sie angesichts des fehlenden Nachwuchses und der unbesetzten Stellen viele Lücken auszufüllen haben.

**Stuttgart.** In zwei großen Versammlungen der Beamten Groß-Stuttgarts im Bürgermuseum und im Sieglehaus wurde eine Entlastung angenommen, in der sich die Staats- und gemeindlichen Beamten, Lehrer und Unterbeamten, die nach Tausenden zählen, vorbehaltlos auf den Boden der Neuordnung stellen und mit allen Kräften die heutige Regierung beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu unterstützen geloben. Sie geben sic der Erwartung hin, daß ihre Existenzbedingungen gesichert bleiben und verlangen, daß in nächster Reihe eine konstituierende Versammlung gewählt werde.

## Uebrigste der Spartakus-Gruppe.

**Stuttgart, 18. Nov.** Nach einer von der Württembergischen Zeitung veröffentlichten Erklärung hat der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats in Stuttgart, bestehend aus dem inzwischen zurückgetretenen Kreisamtsleiter Schreiner als Vorsitzenden, Tolheimer, Walcher, Pflügermann und Unfried am letzten Donnerstag im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats das Blatt zu nächtigen versucht, ihm die Veröffentlichung über die Württembergische Zeitung und ihre gesamten Einrichtungen zu überlassen, um an Stelle der Württembergischen Zeitung eine andere Zeitung „Die rote Fahne“ herauszugeben. Es sei dem Verlag gelungen, dies zu verhindern und das Weitererschließen der Württembergischen Zeitung zu ermöglichen. Der Verlag sei jedoch in die Zwangslage versetzt worden, in seiner Druckerei Satz und Druck der „Roten Fahne“, die im Verlag des Arbeiter- und Soldatenrats erscheint, herzustellen.

## Letzte Nachrichten.

### Die deutschen Verluste im Weltkriege.

**Berlin, 20. November.** Draht. Aus zuverlässiger Quelle verlanzt: Die Verluste des deutschen Heeres während des Weltkrieges betragen **1 580 000 Tote, 260 000 Vermisste**, wovon ein großer Teil nicht mehr am Leben ist, **490 000 Gefangene und 4 000 000 Verwundete.**

### Aus der Ukraine.

**Berlin, 20. November.** Draht. Der Helmann der Ukraine hat ein rechtsstehendes, großrussisches Kabinett gebildet und den Wunsch nach Wiedererreichung mit Großrußland ausgesprochen. Von verschiedenen Stellen werden Kämpfe gemeldet. Die dortigen deutschen Truppen haben Befehl erhalten, Neutralität zu beobachten.

### Falsche Meldungen.

Das Stabs Generalkommando XIII. (R. W.) Armeekorps bittet die Tageszeitungen um Veröffentlichung nachstehender Notiz: Im „Vorwärts“ und in der „Frankfurter Zeitung“ wird mitgeteilt, daß es in Württemberg nicht gelungen sei sein Scheitern, die Ordnung des Rückmarsches unserer Truppen zu sichern, während der Rückmarsch der Armee im Rheinland in vollster Ruhe und Ordnung sich vollziehe. Unter den Bauern soll eine erbitterte Stimmung herrschen und die Bauern würden ebenso wie die Soldaten zur Selbsthilfe greifen, da der behörd-

liche Schutz verjage. Diese Mitteilung ist unrichtig. Große Truppenkörper sind bisher, abgesehen von ungarischen Verbänden, bis zu dieser Stunde noch nicht nach Württemberg zurückgekommen. Die Verpflegung der zurückgekommenen Truppenteile aber ist in vollster Ordnung und Ruhe erfolgt und die Bevölkerung ist überall in Stadt und Land bereit, die Truppen herzlich zu empfangen; von einer besonderen Notlage für die Truppen ist hier nichts bekannt. Stuttgart, den 19. November 1918.

### Gescheiterte Einigungsbestrebungen.

**Berlin, 20. Nov.** Draht. Die Einigungsverhandlungen zwischen Nationalliberalen und der Volkspartei sind gestern endgültig gescheitert.

### Ausschreitungen in Antwerpen.

**Amsterdam, 19. Nov.** W. Draht. Aus Antwerpen wird dem „Telegraaf“ gemeldet, daß es in der Stadt beim Abzug der Deutschen zu großen Plünderungen durch die einheimische Bevölkerung gekommen ist. Nach einer anderen Meldung desselben Blattes stehen in Brüssel der Nordbahnhof und der Züider-Scheerbeker-Bahnhof infolge einer Munitionsexplosion in Brand.

### Wutmaßl. Wetter am Donnerstag und Freitag.

Nachhalt, auch mit Schneefällen verbunden.  
Für die Schifffahrt vornehmlich von Sag. Nagold.  
Straß u. Verlag der G. W. Böhmer'schen Buchdruckerei (Hans Böhmer) Nagold.

## Amliches.

### Bekanntmachung

des stellv. Generalkommandos XIII. (R. W.) A. R.

Es muß mit allen Mitteln erwirkt werden, daß die auswärtigen Arbeitskommandos der Kriegsgefangenen vorläufig auf ihren früheren Arbeitsstellen verbleiben, bis ordnungsmäßige Vorkehrungen für ihre Heimkehr getroffen sind. Ein Abzug mittels Bahntransports ist zur Zeit unmöglich. Die Lager sind überfüllt. Den Zurückflutenden kann im oder ein Lager Unterkunft oder Verpflegung nicht gewährt werden. Es besteht die größte Gefahr von gewalttätiger Beschaffung der Unterkunft und von Plünderung.

Die Ortsbehörden werden deshalb dringend ersucht, im Benehmen mit den Führern der Arbeitskommandos und den Arbeitgebern durchzusetzen, daß kein einzelnes Arbeitskommando ohne vorherige ausdrückliche Zustimmung des Lagerkommandanten zurückkehrt.

gez.: Czysa. Von seiten des stellv. Generalkommandos  
Bedoimäßigtes Mitglied des o. Stroedel,  
Ausschusses des Soldatenrats  
beim stellv. Generalkommando  
XIII. Armeekorps.

### Bekanntmachung des Arbeitsministeriums, betreffend die persönliche Demobilisierung.

Der ursprüngliche Plan für die persönliche Demobilisierung muß einige Änderungen erfahren. Von der notwendigen Anforderung von Heeresangehörigen mittelst besonderer Rationen muß im allgemeinen Abstand genommen werden. Diejenigen Arbeitgeber, welche für die Umstellung ihrer Betriebe auf die Friedenswirtschaft einzelne feilere Angestellte und Arbeiter dringend benötigen werden aufgefordert, diese Personen dem Landesamt für Arbeitsvermittlung, Demobilisierungsabteilung in Stuttgart, Urbanstraße 6, umgehend zu melden. In der Meldung ist für jeden Angeforderten anzugeben Vor- und Zuname, Geburtsjahr, Beruf und genau: Adresse des Truppenteils, bei welchem sich der Angeforderte zuletzt befand. Ferner muß aus der Meldung der Name des Arbeitgebers bzw. der Firma und der Sitz derselben deutlich hervorgehen. Einmalige zahlenmäßige Anforderungen von Heeresangehörigen sind nach Berufen getrennt gleichfalls an das Landesamt für Arbeitsvermittlung, Demobilisierungsabteilung in Stuttgart, Urbanstraße 6, zu richten. Stuttgart, den 13. Nov. 1918. Lindemann.

Einmalige zahlenmäßige Anforderungen von Heeresangehörigen sind nach Berufen getrennt gleichfalls an das Landesamt für Arbeitsvermittlung, Demobilisierungsabteilung in Stuttgart, Urbanstraße 6, zu richten. Stuttgart, den 13. Nov. 1918. Lindemann.

### Bekanntmachung des Landesamts für Arbeitsvermittlung, Demobilisierungsabteilung.

Für die Bewältigung der an die Staats- und Gemeindebehörden während der Demobilisierung heranretenden Aufgaben wird vielfach das vorhandene Personal nicht ausreichen, auch bei Herannahme der jetzt noch bei der Fahne stehenden feileren Angestellten.

Aus den zurückkehrenden Heeresangehörigen aus dem Kreis der hauswirtschaftlichen und technischen Privatangestellten, welche nicht sofort in ihre früheren Stellen aufgenommen werden können, wird sich wohl eine ausreichende Zahl von geeigneten Hilfskräften ausscheiden lassen.

Alle Behörden werden ersucht, ihren Bedarf an solchen Hilfskräften umgehend dem Landesamt für Arbeitsvermittlung, Demobilisierungsabteilung, in Stuttgart, Urbanstraße 6, mitzuteilen. Stuttgart, den 14. Nov. 1918. Fischer.

### Bekanntmachung des Landesamts für Arbeitsvermittlung, Demobilisierungsabteilung.

Wenn infolge der Umstellung auf die Friedenswirtschaft Entlassungen von Arbeitskräften nicht zu vermeiden sind, so sollen in erster Linie solche Arbeitskräfte abgegeben werden, welche ihre bisherige Tätigkeit ganz ausüben können, also etwa wieder in den eigenen Haushalt, in ein eigenes Geschäft, in die Landwirtschaft oder in eine Dienstbotenstelle zurückgehen oder wenigstens bei Eltern oder Verwandten für einige Zeit Unterkunft finden können. Auch sollte bei Beschäftigung mehrerer Glieder derselben Familie in demselben Betrieb geprüft

werden, ob der Unterhalt der Familie nicht schon gesichert ist, wenn einige derselben vorübergehend aus der Arbeit ausschelden. Weiterhin kommen die berufsfremden Arbeiter, welche ihren eigenen Beruf infolge des Kriegs ausgeübt haben, für die Entlassung in Betracht und von diesen zuerst diejenigen, welche schon anderweitige Stellung in Aussicht haben. Grundsätzlich sind Ledige vor den Verheirateten zu entlassen.

Der Arbeitsauschuß sollte zu zweckdienlicher Mitarbeit bei den Entlassungen herangezogen werden, insbesondere zur Feststellung der Reihenfolge der zu Entlassenden.

Entlassungen sollten stets nur allmählich und in Teilbeträgen erfolgen, um eine zu starke gleichzeitige Belastung des Arbeitsmarktes zu verhüten; auch sollte überall für Entlassungen aus Anlaß der Demobilisierung eine längere Kündigungsfrist vorgegeben werden.

Da es sich darum handelt, möglichst viele Arbeitskräfte unterzubringen, so ist zur Erreichung dieses Zieles auch vor einer starken Kürzung der Arbeitszeit auf einige Monate nicht zurückzusprechen.

Jeder Arbeitgeber, der zu Entlassungen gezwungen ist, hat dies sofort nach Erscheinen dieser Veröffentlichung an das Landesamt für Arbeitsvermittlung, Demobilisierungsabteilung, in Stuttgart, Urbanstraße 6, zu melden. In der Meldung ist anzugeben, wieviel männliche und wieviel weibliche Arbeitskräfte zur Entlassung kommen sollen und wieviel darunter jugendliche Personen unter 16 Jahren sind. Sind Facharbeiter darunter, so ist in der Meldung ihre Zahl nach Berufen anzugeben. Fischer.

### Leihweise Abgabe von Militärpferden.

Zur Abklärung des seither langen Instanzenwegs bei der leihweisen Abgabe von Pferden hat das Garnisonskommando Ludwigsburg im Einvernehmen mit dem Stabs Generalkommando und dem Soldatenrat Ludwigsburg beschlossen, daß künftig alle Gesuche um leihweise Bestellung von Pferden zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken unmittelbar durch die Inspektion der Ersatzabteilungen entschieden werden und daher an diese Dienststelle zu richten sind.

Die Gesuche sind auf den eingeführten Formularen, welche von jedem Oberamt (Kreisamtsstelle) erhältlich sind, einzureichen. Die Schultheißenämter werden ersucht, sich derartige Formulare von den Oberämtern zu beschaffen.

Der Gang der Entleihung ist demnach folgender:

Der Gesuchsteller verschafft sich von dem zuständigen Schultheißenamt ein Formular zur Anforderung von Leihpferden, füllt es aus und gibt es an das Schultheißenamt ab. Das Schultheißenamt nimmt Stellung dazu, beglaubigt das Gesuch und gibt es unmittelbar an die Inspektion der Ersatzabteilungen in Ludwigsburg (Telefon 113) weiter.

Falls dem Gesuch entsprochen werden kann, besteht die Inspektion hierauf die Bestellung durch einen Truppenteil, welcher dem Gesuchsteller die Leihbedingungen zur Kenntnis und Anerkennung durch Unterschrift zusendet, und ihn zur Hinterlegung der Haßsumme und Abholung der Pferde auffordert.

Die in Bar oder in sicheren Wertpapieren zu hinterlegende Haßsumme beträgt pro Pferd **RM. 1000**. Bei besonders wertvollen Pferden kann die Haßsumme durch den ausleihenden Truppenteil entsprechend höher festgesetzt werden. Falls die Hinterlegung in Bar nicht möglich ist, die Bestellung eines sicheren Bürgen für den Leihbetrag zulässig.

Zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken werden die Pferde gegen Unterbringung und Verpflegung durch den Entleiher, ausgeliehen, außerdem hat der Entleiher noch pro Pferd und Tag **RM. 1**— an die Kostenverwaltung des ausleihenden Truppenteils zu Gunsten der Stadtkasse zu entrichten.

Es wird demnach anheimgestellt, im Bedarfsfälle Gesuche um leihweise Unterbringung von Pferden einzureichen, denen nach Maßgabe der vorhandenen Bestände entsprochen werden wird. Allen Entleihern wird sorgfältige Wartung und Pflege der Pferde zur Pflicht gemacht. Vernachlässigung und Überanstrengung von Leihpferden hat die Einbehaltung eines Teils der Haßsumme oder des ganzen Betrags zur Folge. Feldzugsteilnehmer werden bevorzugt.

Gegengezeichnet: gez. v. Gleich  
gez. Schuler. Generalmajor v. d. Armee  
2. Vorst. des Soldatenrats u. Garnison-Kapitän  
der Stadt Ludwigsburg.

Nagold, den 18. Nov. 1918. Oberamt  
S. V. Oberamtmann Münz.

### Kriegsgefangene.

An das Lager Uim abzugebende Kriegsgefangene sind wegen Lagerüberfüllung vorerst zurückzubehalten. Nagold, den 19. November 1918. Oberamt  
S. V. Oberamtmann Münz.

### Ankaufsstelle für heimkehrende Krieger.

In der Bierstube des Gasthofs zur Post in Nagold ist eine militärische Ankaufsstelle für heimkehrende Krieger errichtet worden. Sie hat die Aufgabe, für die von ihren Truppenteilen abgepressten Soldaten vorläufige Unterkunft und Verpflegung sowie Fahrtausweis in die Heimat oder in ihre Arbeitsstelle oder zu ihrem Truppenteil und nötigenfalls Geldunterstützung zu beschaffen. Nagold, den 19. November 1918. Oberamt  
S. V. Oberamtmann Münz.



## Verfügung des Arbeitsministeriums, betreffend Einschränkung des Brennstoff-Verbrauchs.

I. Zur Vermeidung von Störungen im Betrieb der Gas- und Elektrizitätswerke werden außer den in den Bekanntmachungen über Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs in Württemberg vom 6. November 1917 festgesetzten Einschränkungen nachstehend weitere Einschränkungen angeordnet:

- 1) Gewerbliche Verbraucher von Gas und Elektrizität dürfen, soweit ihnen besondere monatliche Verbrauchsmengen zugestelt sind, bis auf weiteres nur noch 80 vom Hundert der zuletzt zugestellten Mengen abnehmen. Bisher voll belasteten Betrieben werden 80 vom Hundert ihrer Verbrauchsmengen vom Monat Oktober 1918 zugestanden. Alle übrigen Betriebe werden auf 80 vom Hundert der ihnen gemäß der Bekanntmachungen vom 6. November 1917 zustehenden Verbrauchsmengen eingeschränkt. Das Ministerium behält sich vor erforderlichenfalls für einzelne Betriebe Verminderungen dieser Sätze anzuordnen.
- 2) Alle übrigen Abnehmer von Gas und Elektrizität dürfen bis auf weiteres nur noch durchschnittlich soviel verbrauchen:
  - a) bei einem Verbrauch bis zu 25 cbm bezw. 10 KW. St. im Oktober 1918 nicht mehr als die in diesem Monat tatsächlich verbrauchten Mengen.
  - b) bei einem Verbrauch von über 25 cbm bezw. 10 KW. St. im Oktober 1918, außer diesen Mengen noch die Hälfte des 25 cbm bezw. 10 KW. St. übersteigenden Verbrauches in diesem Monat.
 Es dürfen jedoch von einer Haushaltung nicht mehr als 80 cbm bezw. 10 KW. St. im Monat verbraucht werden. Jeder Verbraucher hat durch Ablesen der Uhr bezw. des Zählers seinen Verbrauch selbst zu überwachen.
- 3) Bei Ueberletzung dieser Bestimmungen erfolgt ohne Verwarnung sofortige Absperrung der Strom- bezw. Gaszufuhr auf mindestens 5 Tage.
- 4) Die zur Durchführung dieser Bestimmungen erforderlichen Maßnahmen werden den Gas- und Elektrizitätswerken übertragen. Die Ueberwachung der Werke erfolgt durch die Vertrauensmänner.

II. Ueber den Verbrauch von Kohle wird bestimmt:

- 1) Das Arbeitsministerium behält sich die Befugung über sämtliche in Württemberg eingehenden oder lagernden Mengen an Kohlen, Koks und Briquets vor.
- 2) Gewerbetreibenden ist verboten, diese Brennstoffe ohne Genehmigung der Landeskohlenstelle an Dritte abzugeben.
- 3) Die Versorgungsbezirke (Kommunaloerbände und Städte) werden angewiesen, sämtliche bei den Händlern eingehenden oder lagernden Hausbrandmengen zu beschlagnahmen. Die Händler dürfen nur nach Maßgabe der Anweisungen der Versorgungsbezirke über die Hausbrandhöhlen verfügen.
- 4) Zwecks Sicherstellung ihrer Kohlenversorgung haben die Gewerbetreibenden mit einem monatlichen Brennstoffbedarf von weniger als 10 t ihren monatlichen Bedarf und derzeitigen Bestand an Kohlen, Koks und Briquets (je nach Sorten und Mengen) bis 20. November 1918 dem zuständigen Versorgungsbezirk anzumelden.

III. Soweit die vorstehenden Bestimmungen mit den bisher erlassenen Verordnungen nicht im Widerspruch stehen, bleiben diese in Geltung.

IV. Gegenwärtige Verfügung tritt sofort in Kraft.  
Stuttgart, den 14. Nov. 1918.

Lindemann.

### Ragold.

Die Einwohnerschaft wird aufgefordert, sofort nach Uebernahme der etwa hierin Mannschaften ausnahmslos die

## Quartierbilletts

umgehend dem Stadtschulth.-Amt zurückzugeben.  
Den 19. November 1918.

Stadtschultheiß: **Mater.**

## Jüngere Frauen und Mädchen

werden sofort angenommen.

Goldfabrik Georg Dürr, Effringen.

### Ifeldhausen.

Habe zwei 2/3-jährige



## Einstellrinder

somit zu verkaufen.

Muz, Polizeidiener.

## Oberamt Ragold.

Die Gemeinden des Oberamts werden hiermit benachrichtigt, daß die Staatsstraßen zwischen Gutzlöfertele und Besenfeld und zwischen Ragold und Rohrdorf etwa in den Monaten Mai und Juni 1919 mit der

## Dampfstraßenwalze

eingewalzt werden sollen und daß die Walze, soweit es ohne Störung der Arbeiten an den Staatsstraßen möglich ist, zum Einwalzen von Erlenstraßen, von anderen wichtigen Ortstraßen und von Nachbartschaftsstraßen in der Nähe des zu bewalzenden Staatsstraßenzugs gegen Ertrag der Selbstkosten mitwirkend abgegeben werden wird. Gemeinden, welche die Walze zu besitzen wünschen, haben ihre Gesuche unter Angabe der Länge der Straße und der ungefähren Menge und Art des einzuwalzenden Geschlags innerhalb 3 Wochen bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Später einkommende Gesuche können nur in den dringendsten Ausnahmefällen berücksichtigt werden. Von der Möglichkeit und der Zeit der Abgabe der Walze wird jede Gemeinde benachrichtigt werden, sobald der Walzenbetriebsplan festgestellt sein wird. Die Bedingungen für Uebertragung der Dampfstraßenwalze werden auf Ansuchen von der Inspektion mitgeteilt.

Calw, den 18. Nov. 1918.

K. Straßenbauinspektion.  
S. B. Gelaer.

### K. Lehrerseminar Ragold.



Am 16. d. M. ist

## Wilh. Wörwaag

aus Eningen u. A.

im hiesigen Bezirkskrankenhaus an den Folgen der Erkrankung an Grippe gestorben.

Wir trauern um den Verlust dieses lebenswürdigen und tüchtigen Schülers und werden stets liebevoll seiner gedenken.

Kön. Seminarrektorat:  
Dieterle.



Walddorf, den 18. Nov. 1918.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme infolge des Verlustes unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers

## Sergt. Johannes Schuler

welche uns an seiner Trauerfeier, sowie vor und nach derselben, von allen Seiten erwiesen wurde, sage ich im Namen aller seiner Angehörigen innigsten Dank.

Der Vater: **Johs. Schuler**, Gemeinderat.



Gündringen, 18. Nov. 1918.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem unerwarteten Tode unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels

## Martin Bürkle

sprechen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank aus. Insbesondere danken wir dem hochw. Herrn Pfarrer für die trostreichen Worte am Grabe, dem Kirchenchor für den erhabenden Grabgesang, dem Militärverein, sowie allen, die dem Bestorbenen das Beste zu seiner letzten Ruhestätte gegeben haben.

Witwe **Wilhelmine Bürkle**, alt Köchlein mit ihren Kindern.

## Aufforderung an die Landwirte.

Die Landwirte werden dringend ersucht, in ihren Gemeinden nächster Tage einen

## Bauernrat

zu gründen, um unsere Interessen zu wahren und mit dem Soldaten- und Arbeiterrat Hand in Hand zu arbeiten. Wir ersuchen unsere Kollegen, sich mit dem in Ragold gegründeten Bauernrat ins Benehmen zu setzen. Nach vollzogener Gründung wird eine Bezirksversammlung einberufen werden.

### Bauernrat Ragold.

Stadtgemeinde Ragold.

## Reisig-Verkauf

Donnerstag, 21. November aus Distrikt Rillberg Abt. Hinterer und weiterer Dreispitz:

Reisig, Wellen: ungebunden in Fächelosen, geschägt, Nadelholz (hauptsächlich Ketsfängen) 2380 Zusammenkunft zum Vorzeigen 1/2 2 Uhr auf der Freudenstraße, Verkauf 3 Uhr bei der Pflanzschulthütte in Abt. vordere Leche.

## Gesucht

ein zuverlässiges, zu allen Arbeiten williges

## Mädchen.

Lohn 35 A pr. Monat. **Gasthof u. Pension zum „Hirsch“ Bad Liebenzell Frau L. Solche**

Einen 3—4 Jahre alten, 12—14 Ztr. schweren, gut gewöhnten



## Stier

sucht

zu kaufen.

Offerten nimmt die Exped. des Blattes entgegen.

Ebhäusen.

Einen Wurf schöne



## Milchschweine

verkauft am Donnerstag, den 21. d. Mts. mittags 1 Uhr.

**Bernhard Braun**, Wirt.

Walddorf.

Verkaufe eine schöne junge Allgäuer

## Schaff-Ruh.

**Johannes Kübler.**

## Volkshibliothek

Ragold.

## Bücherabgabe

neu jetzt an jed. Donnerstag 4-5 Uhr.

Ragold.

Zwei tüchtige **Schuhmacher**



sowie zwei ordentliche

## Lehrlinge

finden gute Stelle bei

**Ernst Schuon**, Schuhgeschäft.

Ragold.

## Suppenwürze,

Fleischbrüher, Würfel,

deutsch. Tee,

Banillezucker,

Panamaspäne,

Kleiderfarben,

Schwefelschnitten

bei **Hermann Knodel.**

Einen guterhaltener

**Fournierrosen,**

sowie

**Fournierböde**

zu kaufen gesucht.

Wer, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

**Großer Rachelofen,**

gut erhalten, gibt es

**J. J. Biegler**, Socialfabrik, Walddorf.